

**„Die AfD ist die politische Kraft, die für DIE Linke die größte Gefahr darstellt“**

### **Gespräch mit Markus Bernhardt**

Markus Bernhardt ist Journalist und Buchautor. Er arbeitet maßgeblich zu den Themen extreme Rechte, Rassismus und Gleichstellungspolitik und war in der Vergangenheit für verschiedene LINKE-Landtags- und Bundestagsabgeordnete tätig

**Die „Alternative für Deutschland (AfD) hat bei den letzten Landtagswahlen am 13. März dieses Jahres überdurchschnittlich bei den Wählerinnen und Wählern punkten können und ist in die Landtage von Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg eingezogen. Hat dieser Durchmarsch der AfD Sie verwundert?**

Nein, überhaupt nicht. Er hat sich spätestens in den Wochen vor den Landtagswahlen abgezeichnet. Wir erleben derzeit eine gesplante Republik. Vor allem in der Flüchtlingspolitik. Während der eine Teil der Bevölkerung versucht, die Hilfesuchenden zu unterstützen, hat der andere Teil keinerlei Interesse dies zu tun. Bei Letzteren spielen Abstiegsängste, Sozialneid oder auch einfach plumper Rassismus eine Rolle.

Die AfD wurde von nicht wenigen Wählerinnen und Wählern als eine politische Kraft wahrgenommen, die den etablierten Parteien die rote Karte zeigt. So erklärt sich auch, dass es ihr gelungen ist, überdurchschnittlich viele Nichtwählerinnen und -wähler zu mobilisieren.

Es gibt jedoch keine akzeptable Rechtfertigung oder Entschuldigung, einer Partei die Stimme zu geben, die rassistisch hetzt. Egal aus welchen Gründen dies angeblich geschieht.

**Vielfach wurde berichtet, dass vielen Wählerinnen und Wählern die politischen Inhalte der AfD kaum bekannt gewesen seien. Teilen Sie diese Einschätzung?**

Zumindest mehrheitlich. In der Flüchtlingspolitik wussten die Wählerinnen und Wähler sehr genau, wem sie ihre Stimme gegeben haben. Auf andere politische Bereiche trifft das sicherlich nicht zu. Ich glaube nicht, dass Diejenigen, die der AfD ihre Stimme gegeben haben, etwa tatsächlich zurück zur Atomkraft wollen. Vor allem die, die in Sorge vor einem sozialen Abstieg sind, müssten schizophoren sein, der AfD die Stimme zu geben. Steht die doch für eine asoziale Politik, die für die Arbeiterschaft eine massive soziale Deklassierung bedeutet. So wollen weite Teile der Partei den Mindestlohn abschaffen, ein späteres Renteneintrittsalter, das Arbeitslosengeld I privatisieren, oder auch Rettungsprogramme für überschuldete Kommunen untersagen. Die Wehrpflicht soll ansonsten auch wieder eingeführt werden und die Strafmündigkeit auf 12 Jahre gesenkt werden. Damit drohten faktisch Kinderknäste wie etwa in den USA.

Die AfD scheut sich selbst nicht, sich in das Privatleben der Bürgerinnen und Bürger einzumischen. Das Familienbild dieser Partei ist von Vorgestern. Aktuell wird diskutiert, das Schuldprinzip bei Ehescheidungen wieder einzuführen, Alleinerziehende sollen keinerlei Hilfe erhalten, altbackene

Geschlechterrollen sollen bewahrt werden. Das Antidiskriminierungsgesetz soll abgeschafft werden, die AfD spricht sich für Strafverschärfungen bei Schwangerschaftsabbrüchen aus. Über die Gleichstellung von Homosexuellen mit Heterosexuellen braucht man mit der AfD gar nicht erst diskutieren.

Zusammenfassend: Die AfD steht gesellschaftspolitisch für eine mittelalterliche Politik, die mit aktuellen Lebensrealitäten nichts zu tun hat. Sie setzt auf Ausgrenzung und wenn in ihren Augen nötig, auch auf Repression. Besonders bemerkenswert sind jedoch die Positionen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Wenn man nicht gerade Chef eines großen Wirtschaftsunternehmens ist, kann man der AfD keinesfalls die Stimme geben, ohne gegen die eigenen Interessen zu handeln.

**Der AfD ist es in Sachsen-Anhalt gelungen, aus dem Stand heraus fast 25 Prozent der Stimmen zu gewinnen. DIE LINKE verlor hingegen fast 8 Prozent. Welche Gefahr stellt die AfD für DIE LINKE dar?**

Die AfD ist die politische Kraft, die für DIE Linke die größte Gefahr darstellt. DIE LINKE verliert immer mehr Wählerinnen und Wähler, die mit dem vorherrschenden System nichts anfangen können oder zumindest damit fremdeln. Das trifft natürlich in noch weitaus größerem Umfang für bisherige Nichtwählerinnen und Wähler zu. Faktisch hat DIE LINKE das erlebt, was ihr selbst viele Parteimitglieder und auch Funktionsträgerinnen und -träger prognostiziert hatten. Sie wird zunehmend auch als etablierte politische Kraft wahrgenommen, der es einzig um die Beteiligung an der Macht, also an Regierungen auf Länder- und Bundesebene geht. DIE LINKE wird vor allem in Ostern als Teil des Problems und nicht mehr als Lösung wahrgenommen. Ob das zutrifft oder nicht, ist dabei erstmal kaum von Bedeutung. Die Menschen sehen es so. Und seien wir ehrlich, Teile der LINKEN haben dafür auch einiges getan.

**Welche Konsequenzen sollte die Partei daraus ziehen?**

Sie sollte die soziale Frage wieder in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Das tut sie derzeit nicht konsequent. Vielmehr ist bei nicht wenigen Funktionsträgern der Partei eine ignorante Selbstgefälligkeit zu beobachten. Diese paart sich mit einer Beliebigkeit in der Auswahl der politischen Themensetzung. Die Mehrheit der Menschen kann mit randständigen Politikthemen nur wenig anfangen. Auch Wahlplakate der LINKEN in Sachsen-Anhalt, wie das berühmte-berühmte „Frauerversteher“-Plakat mit dem Konterfei des dortigen Spitzenkandidaten Wulf Gallert haben keinerlei inhaltliche Substanz. Das Plakat mit der Aufschrift „Wirtschaftsversteher“ dürfte potentielle Wählerinnen und Wähler noch mehr verschreckt haben. DIE LINKE wird sich entscheiden müssen, ob sie auf politische Inhalte setzen will, die die Mehrheit der Menschen bewegt. Oder eben nicht. Dann braucht sie aber keinen Katzenjammer anzustimmen, wenn Sie zunehmend an Bedeutung verliert.

**Welche Themenwahl wäre geeignet?**

Meines Erachtens muss DIE LINKE vor allem die Kernelemente sozialistischer Politik besetzen. Das heißt: Die Thematisierung der sozialen Frage, eine offensive Antikriegspolitik und einen

Antifaschismus, der auch auf der Straße stattfindet und nicht nur in Hinterzimmern und Parlamenten. Hinzu kommt sicherlich auch die Ablehnung der EU wie wir sie dieser Tage erleben. Der Rechtsruck, den wir derzeit erleben, ist ja ein europäisches Phänomen und beschränkt sich keineswegs nur auf die Bundesrepublik.

**Was halten Sie von einer Politik der „Einheitsfront“ im Kampf gegen die AfD, wie sie etwa von LINKEN-Strömungszusammenschlüssen wie „Marx21“ gefordert wird?**

Überhaupt nichts. Das ist genau die Politik, die dafür verantwortlich ist, dass die Menschen DIE LINKE als Teil des etablierten Parteienkartells wahrnehmen. Es geht keineswegs um Sektierertum. Es entbehrt nur jeglicher Logik, wenn man auf der einen Seite behauptet, die anderen Parteien wären für das Erstarken der AfD verantwortlich und als Konsequenz daraus mit den vermeintlichen Verursachern des AfD-Aufstiegs das Ergebnis, nämlich das Erstarken der Rechten, bekämpfen will. Oder soll die AfD nun gemeinsam mit deren Geburtshelfern bekämpft werden. Mit Sarrazin gegen Sarrazin, der wie kein anderer gegen Muslime, Hartz-IV- Betroffene gehetzt hat, aber sich heute gegen die AfD stellt. Mit den Neoliberalen gegen den Neoliberalismus?

Ich kann vor einer solchen Politik nur entschieden warnen. Nicht nur DIE LINKE hat bereits frühere Unterstützerinnen und Unterstützer und Wählerinnen und Wähler an die Rechten verloren. Auch der Zustand der außerparlamentarischen Linken ist desaströs, was nicht ohne Konsequenzen bleibt. Auch dort kam es bereits zu Absatzbewegungen Einzelner in Richtung der AfD.

Entweder es kommt schnellst möglich zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme und einer radikalen Kurskorrektur, oder man wird sich mit der eigenen - und dann noch zunehmenden - gesellschaftspolitischen Bedeutungslosigkeit abzufinden haben und den weiteren Aufstieg der politischen Rechten akzeptieren müssen.

Wenn man wie Gregor Gysi Bündnisse mit der Union für vorstellbar hält, hat man sich offensichtlich bereits für Letzteres entschieden. Ich halte die Forderungen von Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht, ein soziales Investitionsprogramm aufzulegen, für einen wichtigen Punkt im Kampf gegen die AfD. Eine offensive Sozialpolitik ist geeignet, das Vertrauen von Enttäuschten zurückzugewinnen. Das kann jedoch selbstverständlich nicht alles sein. Die AfD muss entzaubert werden, in dem man ihre aggressiven neoliberalen Inhalte klar benennt, enttarnt und bekämpft. Mit „Refugees welcome“-Buttons wird das sicherlich nicht gelingen.

Übrigens kam jüngst aus Sachsen ein bemerkenswertes Grundsatz- und Strategiepapier. Nämlich vom dortigen Landesvorsitzenden und Fraktionschef Rico Gebhardt. Er fordert von seiner Partei, sich wieder verstärkt der Arbeiterschaft zuzuwenden und diese als Hauptklientel seiner Partei zurückzugewinnen. Doch derlei Politik ist für Andere, die ebenfalls dem vermeintlichen „Reformerflügel“ zugerechnet werden, wahrscheinlich wieder viel zu oldschool. Ich jedenfalls bin sehr gespannt, wie DIE LINKE die sich schon jetzt abzeichnenden Niederlagen bei den Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern im Herbst erklären will.

**\*Das Gespräch führte Thomas Zmyrzly am Rande der RLS-Veranstaltung „Wie umgehen mit**

**der AfD“ am 18. März 2016 in Duisburg, bei der Markus Bernhardt referierte**